

16. Wahlperiode

29. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 8. Mai 2008

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
		Drs 16/1420	2670
Ansprache des Präsidenten		I. Lesung: Erstes Gesetz zur Änderung des Berliner Architekten- und Baukammergesetzes	
zum Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gründung des Staates Israel vor 60 Jahren		Drs 16/1421	2670
Präsident Walter Momper	2601	Große Anfrage und schriftliche Antwort des Senats: Mindestlohn – Abschied von der sozialen Marktwirtschaft?	
		Drsn 16/1112 und 16/1393	2670
Geschäftliches		Beschlussempfehlung: Berlin baut!	
Begrüßung von Gästen		Drs 16/1379	2670
Israelischer Botschafter Yoram Ben-Zeev nebst Gattin sowie der Gesandte Ilan Mor	2601	Beschlussempfehlung: „Familie“ – auch kommunikativ nach vorn	
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	2602	Drs 16/1380	2670
		Beschlussempfehlung: Leistungsfähige Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe erhalten und weiterentwickeln	
Konsensliste		Drs 16/1381	2670
I. Lesung: Ahtes Gesetz zur Aufhebung von Rechtsvorschriften (8. Aufhebungsgesetz)		Beschluss	2672
Drs 16/1382	2670	Beschlussempfehlungen: Wettbewerb „Familienfreundlicher Betrieb“	
I. Lesung: Erstes Gesetz zur Änderung des Museumsstiftungsgesetzes (MusStG)		Drs 16/1399	2670
Drs 16/1384	2670	Beschlussempfehlung: Berlin braucht ein Gesamtkonzept für das „Zentrum für Tuberkulose-Fürsorge“	
I. Lesung: Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Rechnungshof von Berlin (Rechnungshofgesetz – RHG)		Drs 16/1417	2670
Drs 16/1405	2670	Beschlussempfehlung: Für eine bessere Versorgung tuberkulosekranker und gefährdeter Menschen!	
I. Lesung: Inhabergeführte Einraumkneipen vom Rauchverbot ausnehmen!		Drs 16/1419	2670
Drs 16/1407	2670	Beschlussempfehlung: Berlin braucht ein Gesamtkonzept für das „Zentrum für sinnesbehinderte Menschen“	
I. Lesung: Elftes Gesetz zur Änderung des Berliner Kammergesetzes			

Finanzierungsbedarf für BBI

Albert Weingartner (FDP)	2619
Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer	2619

Steuerliche Absetzbarkeit des Schulgelds

Özcan Mutlu (Grüne)	2619
Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit ..	2619

Die Leiterin der Verfassungsschutzbehörde beim 1. Mai

Dirk Behrendt (Grüne)	2620
Senator Dr. Ehrhart Körting	2620

Sonderschichten im Objektschutz und in der Gefangenenbewachung an Pfingsten

Peter Trapp (CDU)	2620
Senator Dr. Ehrhart Körting	2620

Software bei den Berliner Finanzämtern

Andreas Statzkowski (CDU)	2620, 2621
Senator Dr. Ehrhart Körting	2621

Anreise der Besucher der ISTAF

Volker Thiel (FDP)	2621
Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer	2621

Aktuelle Stunde**Lehren aus der Geschichte ziehen: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus effektiv entgegenwirken**

Dr. Susanne Kitschun (SPD)	2621
Frank Henkel (CDU)	2622
Udo Wolf (Linksfraktion)	2624, 2630, 2636
Clara Herrmann (Grüne)	2626
Björn Jotzo (FDP)	2628, 2631
Senator Dr. Ehrhart Körting	2631, 2634
Dr. Martin Lindner (FDP)	2634, 2635
Tom Schreiber (SPD)	2634, 2636

Prioritäten gem. § 59 der Geschäftsordnung**Antrag****Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

Drs 16/1406	2637
Birgit Monteiro (SPD)	2637
Gregor Hoffmann (CDU)	2638, 2639
Elke Breitenbach (Linksfraktion)	2638, 2639
Jasenka Villbrandt (Grüne)	2640
Rainer-Michael Lehmann (FDP)	2641

Beschlussempfehlung**Berlin befürwortet den EU-Reformvertrag**

Drs 16/1400	2641
Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne)	2642
.....	2644, 2653
Stefan Liebich (Linksfraktion)	2644

Frank Zimmermann (SPD)	2645, 2647
Oliver Scholz (CDU)	2647
Dr. Friedbert Pflüger (CDU)	2647, 2648, 2652
Christian Gaebler (SPD)	2648
Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion)	2649, 2653, 2653
Dr. Martin Lindner (FDP)	2654

Antrag**Bürgernahe Krankenhausversorgung sicherstellen!**

Drs 16/1414	2656
Kai Gersch (FDP)	2656
Stefanie Winde (SPD)	2657
Mario Czaja (CDU)	2658
Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion)	2658
Heidi Kosche (Grüne)	2660

II. Lesung**Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer Zulage bei erhöhter wöchentlicher Regelarbeitszeit im feuerwehrtechnischen Dienst des Landes Berlin**

Drs 16/1394	2661
-------------------	------

Bericht**Vierzehnter Tätigkeitsbericht des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – Jahresbericht 2007**

Drs 16/1401	2661
-------------------	------

Beschlussempfehlungen**Sofortprogramm für die Berliner Justiz I – Strafvollzug**

Drs 16/1395	2661
-------------------	------

Abbau der Überbelegung im Berliner Strafvollzug (I): Strafverbüßung in anderen Bundesländern ermöglichen!

Drs 16/1396	2661
-------------------	------

Abbau der Überbelegung im Berliner Strafvollzug (II): Strafverbüßung im Heimatland konsequent durchsetzen!

Drs 16/1397	2661
-------------------	------

Mindestgröße für Hafträume wieder festschreiben

Drs 16/1120	2661
Dirk Behrendt (Grüne)	2661
Sven Kohlmeier (SPD)	2661, 2664
Sven Rissmann (CDU)	2663, 2664
Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion)	2665
Sebastian Kluckert (FDP)	2666

Sven Kohlmeier

liegt meines Erachtens bei der Justizverwaltung vor. Ich kann die Justizverwaltung verstehen, dass er nicht öffentlich diskutiert wird. Wenn wir das täten, könnten wir den Inhalt gleich an die Springer-Presse weitergeben, die eine Sonderausgabe herausgeben könnte, in der sie den Maßnahmenplan vorstellt. Nein, es ist richtig, dass er nicht öffentlich diskutiert wird, es ist richtig, dass er in der Justizverwaltung liegt und dass dann, wenn er benötigt wird, damit gearbeitet wird!

Ebenso richtig ist es, dass wir keinen „Tag der offenen Tür“ veranstalten, wie Sie es in Ihrem Antrag fordern. Für eine geschlossene Anstalt einen „Tag der offenen Tür“ zu fordern, ist ein bisschen zu viel des Guten. Es gibt Informationstage, zum Beispiel bei der JVA Tegel. Es gibt dort auch einen Gefängnisshop, wo sich interessierte Bürger informieren können. Das reicht aus.

Und auch eine Privatisierung der Justiz wird es mit uns nicht geben. Der Blick nach Hessen hilft in diesem Fall, dafür muss man vielleicht mal nicht nach Mallorca fahren. In Hessen wird mittlerweile über eine Rekommunalisierung nachgedacht.

[Beifall bei der SPD]

Zu dem Antrag des Kollegen Behrendt zur Mindestgröße von Hafträumen: Die Rechtsprechung zu der Größe eines Haftraums ist uneinheitlich. Ich beziehe mich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 13. November 2007 im Rahmen einer Verfassungsbeschwerde. Die Unterbringung in dem – in diesem Fall – 11,7 m² großen Haftraum für zwei Gefangene, so das Bundesverfassungsgericht, verletze nicht die Menschenwürde des Beschwerdeführers. In der JVA Tegel haben wir tatsächlich Hafträume, die 5,5 m² groß sind. Wir können die Situation derzeit aber nicht ändern. Als wir den Bau der JVA Heidering beschlossen haben, hätten Sie die Chance gehabt, die Situation zu ändern. Dort werden ab 2011 Hafträume mit 10 m² Grundfläche zur Verfügung stehen, die eine Raumfläche von 25,3 Prozent haben. Das haben Sie nicht getan. Sie haben sich gegen die JVA Heidering ausgesprochen und die jetzigen Zustände billigend in Kauf genommen.

Zu den Anträgen der FDP: Beide Anträge sind abzulehnen. Beim einen, der Strafverbüßung im Ausland, haben Sie sich weit rechts außen bewegt, Kollege Kluckert. Der zweite Antrag ist überholt. Wir haben die Mittel für die Vollzugsgemeinschaften eingestellt. Es gibt 25 Jugendliche, die in Wriezen untergebracht sind. Durch die konsequente Arbeit der Justizsenatorin und die harten Verhandlungen konnte erreicht werden, dass auch im nächsten Jahr die Unterbringung in Brandenburg möglich sein wird.

Konsequent an allen Anträgen ist nur, dass sie auf Umweltpapier gedruckt wurden, damit nicht ganz so viele Bäume dafür gestorben sind.

Zur Ehrlichkeit der Diskussion über den Strafvollzug zählt aber auch zu sagen, was sich seit letztem Jahr ver-

ändert hat. Wir haben 164 neue Plätze im geschlossenen Vollzug, wir haben 157 neue Plätze in Moabit, wir werden bis Mitte 2009 20 neue Plätze bei der Justizvollzugsanstalt für Frauen haben. Die aktuellen Zahlen der Belegung zeigen, dass z. B. in der Jugendstrafanstalt und in der Justizvollzugsanstalt für Frauen die Belegung bei 103 Prozent liegt, immer noch 3 Prozent Überbelegung, aber immerhin besser als 130 Prozent, über die wir im letzten Jahr diskutiert haben. Wir haben die Entscheidung zu Heidering getroffen. Die Justizsenatorin hat Europamittel eingeworben, auch für den Strafvollzug. Das hat sie in der letzten Plenarsitzung dargestellt.

In Berlin trifft sich gerade der Strafvollzugausschuss der Länder, nicht nur, weil Berlin die schönste Stadt der Welt ist, sondern auch, weil man in Berlin durchaus sehen kann, wie sich der Strafvollzug positiv verändert hat und weil die anderen Bundesländer hier von uns lernen können.

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Herr Abgeordneter Kohlmeier!

Sven Kohlmeier (SPD):

Der letzte Satz, Frau Präsidentin! – Rot-rote Justizpolitik und rot-rote Politik ist die richtige Politik für diese Stadt. Die Anträge, die Sie hier gestellt haben, sind allesamt abzulehnen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD –

Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kohlmeier! – Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Rissmann das Wort.

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Verehrten Damen! Meine Herren! Lieber Herr Kollege Kohlmeier! Sie haben wieder einmal meine Erwartungen und mutmaßlich die Erwartungen derer, die Sie aus gewohnter Übung im Rechtsausschuss kennen und erleben, voll erfüllt. Sie haben den Staatsauftrag übererfüllt. Schönreden, Dinge gutheißen bzw. sich mit der plumpen Argumentation, das sei früher alles auch schon so und schlechter gewesen, damit kommen Sie hier nicht durch. Sie haben hier geredet, aber nicht verstanden,

[Özcan Mutlu (Grüne): Das ist ja nichts Neues!]

denn Sie lehnen Dinge ab, die wir gar nicht beantragt haben. Insofern hätte ich mich gefreut, wenn Sie die vielfachen Beratungen, die wir zu unserem Antrag hatten, genutzt hätten, um zu sehen, was wir wirklich beantragen. Darauf gehe ich später ein.

[Beifall bei der CDU]

Sven Rissmann

Wir müssen heute wieder einmal über Justiz und Strafvollzug sprechen, und das leider berechtigterweise. Allein die Fülle der heute hier zu behandelnden Anträge – es sind vier – zum Thema Strafvollzug in Berlin zeigt, dass trotz gegenteiliger Beteuerungen von der Senatorin für Justiz die Dinge weiter im Argen liegen, weiterhin erheblicher Handlungsbedarf besteht und trotz der Diskussion, die wir in Berlin seit vielen Monaten führen, keine Besserung eingetreten ist. Der Vertreter der PDS im Rechtsausschuss

[Uwe Doering (Linksfraktion): Der Linken!
PDS gibt es nicht mehr!]

– Verzeihung, der Vertreter der SED im Rechtsausschuss, wenn Ihnen das besser gefällt –

[Uwe Doering (Linksfraktion): Gibt es auch nicht mehr!
War auch nie in der SED!]

zeigt sich bei den letzten Beratungen zum Strafvollzug immer genervt und weist darauf hin, er habe keine Lust mehr und wolle darüber nicht mehr sprechen.

[Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion):
Ist doch Unfug!]

Die SPD taucht bei diesen Fragestellungen im Rechtsausschuss grundsätzlich ab oder macht es so, wie es der Kollege Kohlmeier hier gerade getan hat, erzählt, alles sei schön, von rosaroten Elefanten oder von heiler Welt, oder sagt, es sei schon immer schlecht gewesen.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Was für eine Rede haben Sie gehört? Sie waren gar nicht hier!]

Das ist schon traurig, wenn man feststellen muss, dass sich die Regierungskoalition ausschließlich auf das Schönreden von Problemen beschränkt und damit ihren parlamentarischen Auftrag als verwirklicht ansieht.

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP –
Uwe Doering (Linksfraktion):
Sie erzählen immer dasselbe, eine Endlosschleife!]

Das, was ich gerade beschrieben habe, findet seine Bestätigung in den heutigen Anträgen der drei Oppositionsfraktionen dieses Hauses. Denn nur die Opposition beschäftigt sich mit den Problemen im Strafvollzug, die Regierungskoalition ist für Aussitzen. Ich sehe keine Beteiligung bei diesen Fragestellungen.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Ach was,
Donnerwetter! Habe ich Ihrer Rede
nicht entnommen!]

– Es ist bemerkenswert, wie Sie versuchen, mich zu stören. Das beeindruckt mich wenig, deutet aber darauf hin, welches parlamentarische Verständnis Sie haben.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Wenn Sie sich sachlich daran beteiligen wollen, drücken Sie auf Ihr Knöpfchen,

[Uwe Doering (Linksfraktion): Gehen Sie doch
mal auf meine sachlichen Redebeiträge ein!]

– Sie können eine Zwischenfrage stellen, aber stören Sie doch nicht durch diese plumpen Zwischenrufe!

[Uwe Doering (Linksfraktion): Er kennt
es von seiner Fraktion nicht anders!]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Entschuldigung, Herr Rissmann! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kohlmeier?

Sven Rissmann (CDU):

Von Herrn Kohlmeier? – Bitte!

Sven Kohlmeier (SPD):

Herr Kollege Rissmann! Wenn sich angeblich nichts verbessert hat, können Sie mir dann bestätigen, dass es neue Haftplätze gibt, die in den Jahren 2005, 2008 und 2009 geschaffen wurden oder werden? Können Sie mir bestätigen, dass der Beschluss zu Heidering gefallen ist? Können Sie mir bestätigen, dass die Belegung in der Jugendstrafanstalt und in der Justizanstalt für Frauen derzeit 103 Prozent und nicht 130 Prozent wie im letzten Jahr beträgt?

Sven Rissmann (CDU):

Ich kann bestätigen, dass wir momentan eine leichte Verbesserung bei der Überbelegungssituation haben,

[Beifall von Markus Pauzenberger (SPD)]

was nichts daran ändert, dass wir weiterhin eine Überbelegung haben. Wenn Sie stolz darauf sind, dass sich die Überbelegung von etwa 115 oder 120 Prozent

[Sven Kohlmeier (SPD): 130 Prozent!]

auf meinerseits 103 Prozent im Moment abgesenkt hat, dann herzlichen Glückwunsch, wenn Sie damit zufrieden sind und dieses Ergebnis offenbar konservieren wollen.

Ich möchte etwas zu den einzelnen Anträgen sagen,

[Uwe Doering (Linksfraktion): Endlich!]

oder zuerst noch etwas zu Heidering. Sie haben vollkommen recht, Heidering ist beschlossen worden. Dafür haben Sie aber sechs Jahre Regierungszeit gebraucht, um etwas, was seit Jahren dringend notwendig und für jeden erkennbar notwendig war, zu beschließen, sechs Jahre, um Ihre internen Streitigkeiten beizulegen. Herzlichen Glückwunsch dazu, wenn Ihr Regierungshandeln diese Zeitdauer erfordert, um sachlich nötige Beschlüsse zu vollziehen!

[Uwe Doering (Linksfraktion): Sie wollten doch
etwas zu den Anträgen sagen!]

Die FDP greift das Problem der chronischen Überbelegung im Strafvollzug in zwei Anträge auf, die bereits angesprochen wurden. Das Motto des Senats bei dieser Mehrfachbelegung ist offensichtlich, wie die Zwischenfrage von Herrn Kohlmeier es gerade deutlich machte, der

Sven Rissmann

Verweis auf den Neubau Heidering. Wir als Union haben uns immer dafür eingesetzt, dass wir diese neue Vollzugsanstalt in Großbeeren-Heidering brauchen. Ich habe das bereits ausgeführt. Aber im Jahr 2008 bei der Problematisierung der Frage der Überbelegung im Strafvollzug darauf zu verweisen, dass wir im Jahr 2011, 2012 oder bei der Unfähigkeit dieses Senats wahrscheinlich deutlich später eine zusätzliche Haftanstalt haben wollen, ist eine Kapitulation Ihrerseits, weil Sie damit bereit sind, die Überbelegung für die nächsten vier, fünf oder sechs Jahre, wie lange es immer dauern wird, bis Sie die Haftanstalt umgesetzt haben werden, zu konservieren. Das ist inakzeptabel. Das werden wir nicht mitmachen.

[Beifall bei der CDU –
Uwe Doering (Linksfraktion): Endlich
wacht Ihre Fraktion auf!]

Die FDP zeigt zwei denkbare Wege, zum einen die Schaffung von Vollzugsgemeinschaften mit anderen Bundesländern und die Möglichkeit der Haftverbüßung im Heimatland. Man muss sagen, dass es dank des permanenten Thematisierens des Problems durch die Opposition gelungen ist, dass das Instrument der Vollzugsgemeinschaften stärker zur Anwendung kommt. Aber auch da gibt es ganz sicher weiteren Nachholbedarf.

Die Haftverbüßung im Heimatland ist etwas, das sich schon anders darstellt. Da besteht immer noch ganz erheblicher Nachholbedarf. Wir haben einen Ausländeranteil von etwa 40 Prozent –

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Herr Abgeordneter Rissmann! Ihre Redezeit ist bereits beendet.

Sven Rissmann (CDU):

Meine Redezeit ist beendet. – Letzter Satz:

[Uwe Doering (Linksfraktion):
Wir haben es geschafft!]

Wir haben etwa 40 Prozent Ausländeranteil bei den Berliner Strafgefangenen; im letzten Jahr wurden meines Wissens drei zur Strafverbüßung in ihr Heimatland überstellt. Da drängt sich der Verdacht auf, dass von diesem Instrument nicht mit dem nötigen Nachdruck Gebrauch gemacht wird. – Ich belasse es dabei, bedanke mich für Ihre geteilte Aufmerksamkeit. Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rissmann! – Für die Linksfraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Lederer das Wort. – Bitte sehr!

[Mieke Senftleben (FDP): Nicht wieder
so polemisch, Herr Lederer! –
Uwe Doering (Linksfraktion):
Wir wollen doch nicht dazwischenreden!]

Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Rissmann! Es ist nicht ganz richtig, wie Sie meine Position beschrieben haben. Über den Vollzug reden wir außerordentlich gerne und intensiv. Der Rechtsausschuss hat sich in der Tat im vergangenen Jahr intensiv damit befasst. Das ist auch in Ordnung! Aber eines stimmt: Es erzeugt Überdross, wenn man sich solche „pfiffigen“ und „gestylten“ Argumente anhören muss wie das, die Menge der vorliegenden Anträge sei Indiz für irgendetwas in diesem Haus,

[Dr. Fritz Felgentreu (SPD): Allerdings!]

oder wenn man Ihre Bemühung verfolgt, wie Sie versuchen, sich vier, fünf Minuten über die Redezeit zu hangeln, ohne zu einem substanziellen Punkt in diesen Anträgen etwas Konkretes zu sagen.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Deshalb mache ich an der Stelle Schluss mit dieser Einleitung und versuche es selbst anders. Die Anträge haben ja etwas Patina angesetzt.

[Zuruf von Uwe Goetze (CDU)]

Zum Teil ist die Zeit darüber hinweggegangen. Ja, diese Anträge muss man ablehnen, und zwar alle vier, allerdings jeweils aus unterschiedlichen Gründen. Was die Motivation der Anträge angeht, stellt sich das auch wirklich differenzierter dar.

Ich fange mit dem Antrag „Sofortprogramm“ an. Die Personalausstattung in den Justizvollzugsanstalten ist deutlich besser geworden. Wir werden jede frei werdende Stelle neu besetzen. Wir werden in nicht unerheblichem Maß ausbilden. Es gibt sogar Neueinstellungen in der Jugendstrafanstalt und in der Justizvollzugsanstalt für Frauen. Es gibt letztlich auch bauliche und strukturelle Maßnahmen, die dazu führen, dass wir mit dem vorhandenen Personal effektiver umgehen können.

[Zuruf von Benedikt Lux (Grüne)]

Dadurch hat sich die Situation deutlich entspannt und entlastet. In Berlin fließt zwar immer noch kein Honig, aber wir haben im Vollzug eine gute Personalausstattung und über die Vollzugsgemeinschaften tatsächlich erhebliche Entlastungen geschaffen.

Da ist ferner die Tatsache, dass wir die Vollzugsgemeinschaften machen – nicht auf den Druck von Herrn Rissmann, der ist auf die Idee nicht gekommen, sondern wir sind rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen selbst in der Koalition auf die Idee gekommen; das war schon Bestandteil des Haushaltsplans, den der Senat dem Rechtsausschuss und danach diesem Haus zur Beratung vorgelegt hat. Damit ist der erste Antrag der FDP schlicht und ergreifend hinfällig. Man hätte ihn auch zurückziehen können. Oder Sie hätten dafür sorgen müssen, dass er früher behandelt wird. Da waren Sie aber noch schwer dabei, uns durch öffentlichen Druck dazu zu veranlassen, massi-